

15.09.2018 um 00:00 Wetteraukreis

Wetteraukreis will Flüchtlingsunterbringung von Kommunen übernehmen

WETTERAUKREIS - Der Wetteraukreis als Sozialhilfeträger wird die Flüchtlingsunterbringung wieder in seine alleinige Verantwortung übernehmen. Das hat der Kreistag während seiner jüngsten Sitzung mit großer Mehrheit beschlossen.

WETTERAUKREIS - (red/bg). Der Wetteraukreis als Sozialhilfeträger wird die Flüchtlingsunterbringung wieder in seine alleinige Verantwortung übernehmen. Das hat der Kreistag während seiner jüngsten Sitzung mit großer Mehrheit beschlossen, nachdem die Kreistagskoalition dafür gesorgt hatte, dass ein entsprechender Dringlichkeitsantrag noch auf die Tagesordnung genommen wurde. Demnach wird der Kreisausschuss aufgefordert, die möglichen Kosten für die Übernahme der Gemeinschaftsunterkünfte durch den Kreis zu ermitteln. Die Kommunen sollen so entlastet werden.

Gemäß Paragraf 1 des hessischen Landesaufnahmegesetzes sind die Landkreise und Gemeinden verpflichtet, bestimmte und in dem Gesetz näher bezeichnete Ausländer aufzunehmen und unterzubringen. Dabei stehen die Landkreise an erster Stelle. Dieser Verantwortung ist der Wetteraukreis bisher immer gerecht geworden. Lediglich 2015 und 2016, in den Jahren der größten Flüchtlingsströme, als die Unterbringungsnot besonders groß war, wurden auch im Wetteraukreis die Städte und Gemeinden in diese gesetzliche Pflicht genommen. Nachdem die großen Wellen der Geflüchteten und Vertriebenen weitestgehend verebbt sind, sind viele Landkreise in Hessen als gesetzliche Träger der Sozialhilfe dazu übergegangen, die Flüchtlingsunterbringung wieder in die alleinige Verantwortung zu übernehmen. Der Wunsch, dass das nun auch im Wetteraukreis der Fall sein sollte, wurde im August anlässlich einer Sitzung der Kreisvereinigung der Wetterauer Bürgermeister im Florstädter Rathaus geboren und anschließend an die beiden Kreis-Koalitionsfraktionen von CDU und SPD herangetragen.

Wie der Vorsitzende der Kreisvereinigung, Florstadts Bürgermeister Herbert Unger (SPD), am Freitag in einer Presseerklärung mitteilte, seien seine Kollegen sehr erfreut darüber, dass der Kreistag diesem Ansinnen mit großer Mehrheit nachgekommen ist.

Unger, selbst Kreistagsmitglied, ist zuversichtlich, dass es Landrat Jan Weckler (CDU) und Sozialdezernentin Stephanie Becker-Bösch (SPD) gelingen wird, diesen Kreistagsbeschluss erfolgreich umzusetzen und eine Lösung zu finden, „die zu einer echten Entlastung der zuletzt doch sehr stark belasteten Wohnraumbewirtschaftung in den einzelnen Kommunen führt“. Gerade die Zahl der anerkannten Flüchtlinge, die sich wegen der Wohnraumnot weiter in der Obhut der Städte und Gemeinden befänden, habe zu einer „dramatischen Zuspitzung der Unterbringungssituation“ geführt, die nun unter der Ägide des Kreises von zentraler Stelle aus wesentlich besser bearbeitet und gelöst werden könne. „Nicht zuletzt deshalb danke ich nicht nur den Koalitionsfraktionen von CDU und SPD für deren Antrag und die Unterstützung, sondern auch der hauptamtlichen Kreisspitze für ihr Engagement bei der Lösung dieser für die Kommunen sehr wichtigen Problematik“, sagt Unger.